

22.01.2024

IV-2-1-05

Bundesministerium des Innern und für Heimat  
Referat KM 4 - Schutz kritischer Infrastrukturen  
Frau MR`n Christina Polzin  
Alt-Moabit 140  
10557 Berlin  
Per E-Mail: [KM4@bmi.bund.de](mailto:KM4@bmi.bund.de)

## **Entwurf für ein Dachgesetz zur Stärkung der physischen Resilienz von Betreibern kritischer Anlagen (KRITIS-DachG)**

Sehr geehrte Frau Polzin,  
sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für die Möglichkeit, zum Entwurf für ein Dachgesetz zur Stärkung der physischen Resilienz von Betreibern kritischer Anlagen (KRITIS-DachG) eine Stellungnahme abgeben zu können.

Der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe e. V. (ZDS) ist der Bundesverband der am Seegüterumschlag in den Häfen beteiligten Betriebe in Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Der ZDS vertritt die gemeinsamen wirtschafts-, gewerbe-, sozial- und tarifpolitischen Interessen der Unternehmen. Der ZDS setzt sich dafür ein, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seehäfen zu stärken und ihre Standortbedingungen zu sichern. Der ZDS ist im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung eingetragen. Der Verband ist mit der Veröffentlichung seiner Stellungnahme einverstanden.

Gesamtübergreifend bleibt festzustellen, dass die Voraussetzungen noch nicht vorliegen, um eine vollständige inhaltliche Bewertung des Entwurfs vorzunehmen. So fehlt eine nationale Risikoanalyse bzw. die Kenntnis darüber, in welcher Detailtiefe welche Themen in dieser adressiert werden sollen und somit auch die zu betrachtenden Szenarien für die betriebliche Risikoanalyse sowie deren Maßnahmenableitung und Kostenabschätzungen. Die Tatsache, dass auch die Rechtsverordnung nach § 16 noch nicht vorliegt, erschwert zusätzlich die Gesamtbeurteilung, welche Dienstleistungen überhaupt in den Sektoren als kritisch im Sinne des KRITIS-DachG gelten und welche branchenspezifischen Schwellenwerte Anwendung finden.

Da sich diese Rechtsverordnung systematisch und inhaltlich an der BSI-Kritisverordnung orientieren soll, die im Rahmen der IT-Sicherheit definiert, welche Anlagen als kritische Infrastrukturen eingestuft werden, liegt es nahe, dass die dortigen Schwellenwerte für Häfen übernommen werden. Die Möglichkeit zur Unterschreitung der Schwellenwerte einer zu versorgenden Bevölkerung von 500.000 Personen bzw. der Schwellenwerte aus der BSI-Kritisverordnung halten wir grundsätzlich für wenig sinnvoll, da dies die vom Gesetzgeber ausdrückliche gewollte Kohärenz des Systems aus physischen Maßnahmen (KRITIS-DachG und VO) und Cyberschutzmaßnahmen (BSI-Kritisverordnung) gefährden

würde. Zudem würde dieses Vorgehen die notwendige Abschätzung und Vorbereitung einer etwaigen Betroffenheit seitens der Unternehmen maßgeblich erschweren.

Im Hinblick auf die zukünftig zu implementierenden Maßnahmen wird auch auf den Stand der Technik verwiesen, somit u.a. auf die zukünftigen branchenspezifischen Resilienzstandards. Hierbei ist zwingend ein Bestandsschutz der bereits etablierten bzw. gesetzlich festgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit und Funktionalität zu berücksichtigen. Der Begriff „Resilienzplan“ sollte daher konkreter definiert werden. Die Identifizierung und angemessene zeitliche Planung von notwendigen Maßnahmen (Berücksichtigung der betrieblichen Praxis, wie z.B. die Budgetplanung, Ausschreibungen, Genehmigungen, etc...) sollte in die Gesamtbetrachtung miteinbezogen werden.

Über die zukünftige Einbeziehung in den weiteren Gesetzgebungsprozess freuen wir uns.

Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe e. V. (ZDS)

Am Sandtorkai 2

20457 Hamburg

Telefon: +49 40 88 36 57 87 0

E-Mail: [info@zds-seehaefen.de](mailto:info@zds-seehaefen.de)